

«Freunde der Kultur» stoppen beinahe den Kulturaufschwung

Der Grosse Rat hat mit einem Mehr von nur acht Stimmen das neue Kulturförderungsgesetz vor dem Absturz bewahrt. Für die zahlreichen Kulturschaffenden auf der Rattribüne in Chur hätte es fast ein böses Erwachen gegeben.

► LUZI BÜRKL

S

So gut wie gestern Nachmittag war die Zuschauertribüne im Churer Grossratssaal in den letzten Jahren nie besetzt: Einige der zahlreich erschienenen Kulturschaffenden und Vertreter von Kulturinstitutionen mussten gar auf der Treppe Platz nehmen. Sie alle wollten verfolgen, ob das Parlament ihrem Wunsch nach einem neuen Kulturförderungsgesetz, das seinen Namen verdient, nachkommt. Gefordert wird seitens der Bündner Kultur ein Gesetz, das eine substantielle Erhöhung der finanziellen Mittel ermöglicht. Das Anliegen ist breit abgestützt: Zum Start der Session wurde eine von über 3800 Personen unterschriebene Kultur-Petition überwiesen (siehe unten). Denn das von SP-Regierungsrat Martin Jäger vorgelegte Gesetz ist bewusst offen – «liberal» – formuliert und schafft mit Ausnahme der Sing- und Musikschulen keine direkten neuen finanziellen Verpflichtungen. Doch im Grossen Rat kommt es oft anders als man denkt: Während einer dreieinhalbstündigen Eintretensdebatte stand gestern völlig offen, ob der Rat sich des neuen Kulturgesetzes überhaupt annimmt.

Alle dafür und teils doch dagegen

Von allen Seiten und aus allen Fraktionen wurde die grosse Bedeutung des vielfältigen Kulturschaffens im Kanton betont. Auch wurde erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Kultur spätestens seit dem «Fest der Bündner Kultur» im Januar – ausgetragen im Grossratssaal – mit geeinter Stimme spricht. Dem Initiativkomitee «Kulturkanton Graubünden» war es gelungen, im Hinblick auf die Beratung des neuen Gesetzes Vertreter des Amateur- und Kulturschaffens an einen Tisch zu bringen. Doch der Frust unter den Parlamentariern über die Arbeit von Re-



Nicht jeder Platz auf der Zuschauertribüne im Grossen Rat bot gestern freie Sicht aufs Parlament. (FOTO MARCO HARTMANN)

gierungsrat Jäger führte dazu, dass die BDP-Fraktion vom neuen Gesetz nichts wissen wollte, und dass aus der FDP-Fraktion der Antrag gestellt wurde, zwar auf das Gesetz einzutreten, dieses dann aber umgehend zur Überarbeitung an die Regierung zurückzuweisen.

Der Hauptgrund für den Unmut: Anders als im ursprünglichen Auftrag an die Regierung vom Rat gefordert, hatte Jäger ein Gesetz ausarbeiten lassen, ohne auch ein strategisches Konzept oder Leitbild zur Kulturförderung zu präsentieren. Fundamentale Grundsätze der Gesetzgebung seien missachtet worden, meinte Bruno W. Claus (FDP, Chur), Erstunterzeichner besagten Auftrags aus dem Jahr 2013. Ein Leitbild wäre für den Gesetzge-

lungsprozess relevant gewesen, ja weiter: «Dieses hätten wir einfach haben müssen.» Denn – so fasste es FDP-Fraktionschef Rudolf Kunz (Chur) zusammen – in das neue Gesetz könne alles «hineingelesen» werden. Es sei nicht erkennbar, wie die verschiedenen kulturellen Bereiche gefördert und wo die Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Die Diskussion über zusätzliche Kultur-gelder könne durchaus geführt werden, aber erst dann, wenn die Regierung das Konzept dazu habe.

«Das Vorliegende ist einer Totalrevision unwürdig», so Fraktionschef Gian Michael (Donat) namens der BDP. Die Kultur habe ein zeitgemässes Gesetz verdient – ein Gesetz, das auf einer Strategie basiere. Parteikollegin Elisabeth Mani-Held-

stab (Davos) sagte, dass in der Kulturförderung nicht das Zufallsprinzip entscheiden dürfe. Auch würden Unverbindlichkeiten im Gesetz viele Hoffnungen wecken, Machtkämpfe ums Geld wären die Folge. «Für die Kultur» sei das Gesetz abzulehnen, erklärte die Präsidentin der Walserversammlung Graubünden. «Ich bin für die Kultur, aber nicht so», ergänzte Emil Müller (BDP, Susch). Und Andy Kollegger (BDP, Chur), Präsident des Graubündner Kantonalen Musikverbandes, wagte gar die im Hinblick auf die knappen Mehrheitsverhältnisse im Rat gefährliche Aussage, wer nicht bereit sei, das Gesetz zu unterstützen, der solle auch nicht darauf eintreten. Wenn CVP und SVP dieser Empfehlung gefolgt wären, so wäre das Gesetz gekippt.

Immerhin schon mal das Gesetz

Der BDP-Antrag auf Nichteintreten wurde mit 84:26 Stimmen bei einer Enthaltung verworfen. Danach votierte die BDP zugunsten des FDP-Rückweisungsantrages. Dank einigen Abweichlern in den FDP-Reihen, der Geschlossenheit von CVP und SP und mit der Unterstützung der SVP wurde dieser Antrag mit 60:52 Stimmen abgelehnt. Somit blieb Jäger die grösste Niederlage in seiner Amtszeit erspart.

Was den Kulturschaffenden das neue Gesetz bringen wird, wird sich heute in der Detailberatung weisen. Es ist nicht davon auszugehen, dass der Rat nach der Grundsatzdebatte – wie von den Kulturvertretern gefordert – einen Rahmenverpflichtungskredit ohne die Vorlage eines Konzeptes sprechen wird. Einzige SP hat sich im Vorfeld für einen sofortigen 24-Millionen-Kredit stark gemacht. Die CVP, die ihr gestern zur Seite stand, will ebenfalls zuerst Klarheit über die strategischen Schwerpunkte. Mindestens – und laut Jäger optimistisch gesehen – zwei Jahre dürfte die Arbeit an dem von der Regierung im neuen Gesetz erst einmal in Aussicht gestellten Konzept dauern. Wäre das neue Gesetz gefallen, es wäre noch länger beim Status quo geblieben.

Lob der Sozialen Marktwirtschaft

In der Eröffnungsansprache zur Februarsession beleuchtete **Standespräsident Michael Pfäffli** die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

ERÖFFNUNGSANSPRACHE Standespräsident Michael Pfäffli richtete in seiner Ansprache zur Eröffnung der Februarsession den Blick auf die Wirtschaftssysteme in den Ländern Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Durchgesetzt habe sich die Wirtschaftsordnung, die als Soziale Marktwirtschaft zu einem Begriff geworden und vom westdeutschen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard in Deutschland eingeführt worden sei. Auch wenn es Vorbehalte gegeben habe, «für viele zu sozial, für andere zu wenig sozial», sei dieses Wirtschaftssystem ein Erfolgsmodell geworden. Elemente der Sozialen Marktwirtschaft hätten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch das eidgenössische Wirtschaftssystem geprägt. So habe der volksverbundene sozialdemokratische Bundesrat Willi Ritschard seiner eigenen Partei ins Gewissen geredet, als er gesagt habe: «Es mag sein, dass Gutverdienende keine AHV-Rente brauchen, aber die AHV braucht zwingend die Gutverdienenden.» Auch für einen Exponenten der liberalen Wirtschaftsordnung wie Bundesrat Rudolf Friedrich habe eine starke und gelebte Sozialpartnerschaft das Fundament gegen «allfällige totalitäre Gefährdungen» bedeutet.

«Egozentrische Sichtweise»

In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts sei das System der Sozialen Marktwirtschaft schweizerischer Ausgestaltung «immer mehr ins Stolpern» geraten. Unterschiedliche Interessengruppen versuchten, einzelne Elemente der Sozialen Marktwirtschaft «entweder viel stärker zu gewichten oder aber aus dem System zu entfernen». So werde immer wieder versucht, höhere Einkommen und Vermögen als anrücklich hinzustellen, monierte der FDP-Politiker, gleichzeitig aber werde gerne vergessen, dass höhere Einkommen und Vermögen die meisten Steuern generierten. Pfäffli kritisierte die «egozentrische Sichtweise» der weitverbreiteten Praxis, dass Lohnzuschläge das Vielfache des ursprünglichen Lohnes ausmachten.

Ob das Wirtschaftsmodell gesondert habe, fragte sich der Standespräsident und zeigte sich überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft die Fähigkeit habe, sich zu regenerieren. Erfreulich sei, dass es Bekenntnisse «zum Revival des Patrons alter Schule» gebe und lobte in diesem Zusammenhang seine liberale Parteipräsidentin – tagesaktuelle Bezüge sind in einer Ansprache eines Standespräsidenten eher ungewöhnlich. Genauso bemerkenswert sei, dass es Personen gebe, welche nicht nur «die staatliche Volkasko-Mentalität» in den Vordergrund stellten, sondern den Ausbau des Sozialstaates mit sehr viel Augenmass vorantreiben möchten, so Pfäfflis Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. CLAUDIO WILLI



Standespräsident **Michael Pfäffli** bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft. (FOTO MARCO HARTMANN)

WORTWÖRTLICH

«Die Regierung ist politisch nicht dem Willen des Grossen Rates gefolgt und hat sich auf heikles Terrain begeben.» LUCA TENCHIO (CVP, CHUR)

«Hier stehen nicht Partikularinteressen im Vordergrund, sondern es ist ein gemeinsames Anliegen.» CHRISTOPH JAAG (SP, SCHIERS)

«Sie können auch einen Miststock mit Blumen schmücken, er wird dennoch nur Mist enthalten.» EMIL MÜLLER (BDP, SUSCH)

«Wir wollen Nägel mit Köpfen machen, aber wir wollen wissen, welche Nägel wir nehmen, wie gross diese sind und wie tief wir sie einschlagen.» RUDOLF KUNZ (FDP, CHUR)

«Was mich nachdenklich stimmt: Es scheint nur alles oder nichts zu geben.» MARGRIT DARMS (CVP, SCHNAUS)

KULTUR-PETITION

Mit 3828 Unterschriften die Debatte beflügelte



Vor dem Start der Februarsession des Grossen Rates sind **Standespräsident Michael Pfäffli** 3828 gesammelte Unterschriften des Initiativkomitees «Kulturkanton Graubünden» überreicht worden. Stellvertretend für zahlreiche Kulturschaffende und Vertreterinnen und Vertretern von Kulturinstitutionen vor Ort sprach Schauspieler **Nikolaus Schmid** (ACT Graubünden). Mit der Petition wird eine erweiterte und **umfassende Kulturförderung** gefordert. Konkret soll der Grosse Rat einen Rahmenkredit in das neue Kulturförderungsgesetz aufnehmen. Schmid zeigte sich erfreut darüber, dass es gelungen sei, die Kulturschaffenden für dieses Anliegen zu einen. Er sei überzeugt, dass eine Stärkung der Kultur auch eine Stärkung des Kantons bedeute. So bat er Pfäffli, das Anliegen der Petition in den Grossen Rat zu tragen, der kurz darauf die Debatte aufnahm. Musikalisch umrahmt wurde die Übergabe durch A-cappella-Chorlieder, gesungen von Incantanti-Mitgliedern und weiteren Sängern. (LUB / FOTO HAM)